

31.10.2016

Bezugsquelle: Andrea Milz, MdL



Themen der Woche



Aktuelles aus der Fraktion



Textausschnitt für die CDU-Much

Schulkonzept der CDU: Wir ermöglichen ein echtes G9

In dieser Woche wurde das Eckpunktepapier der CDU zur Schulpolitik vorgestellt. Dazu erklären die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzende des Bildungspolitischen Netzwerks der CDU Nordrhein-Westfalen, Petra Vogt, und der Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet:

Armin Laschet: „In unseren zahlreichen Gesprächen mit Verbänden, Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schülern wurde deutlich, dass sich alle Beteiligten in zwei Punkten einig sind: Wir brauchen endlich Ruhe an den Schulen. Aber es muss sich auch schnell etwas ändern, damit an den Gymnasien wieder besser unterrichtet werden kann. Mit unserem Konzept werden wir diesen widersprüchlichen Vorstellungen gleichermaßen gerecht. Wir wollen eine nachhaltige Lösung der Strukturfrage und damit Klarheit und Ruhe für die Schulen. Deshalb ermöglichen wir Eltern und Schülern eine „echtes G9“, ohne funktionierende G8-Schulen aufzugeben.“

Die Schulgemeinden, bei denen das G8-Modell erfolgreich ist und die Beteiligten keine Veränderungen wünschen, sollen und an ihrem Modell festhalten können. Keine Schule mit G8-Modell wird zu einem Wechsel zu G9 gezwungen werden. Die Schulgemeinden aber, die wissen, dass das Abitur nach 13 Jahren für sie der bessere Weg ist, sollen diese Möglichkeit auch erhalten. Sie können ein echtes G9 einführen. G8 und G9 werden gleichberechtigt im Schulgesetz verankert. Doppelstrukturen an ein- und derselben Schule wird es nicht geben, die wenigen bestehenden Modellschulen ausgenommen.

Unser echtes G9 wird sich nicht am G8-Bildungsgang orientieren. Wir wollen die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe auflösen/entzerren und die Jahreswochenstundenzahl auf 180 reduzieren. Die Unterrichtung der zweiten Fremdsprache beginnt erst in der 7. Klasse und die Fachlichkeit des Unterrichts wird gestärkt. Die mittlere Reife kann nach der Sekundarstufe I in Klasse 10 vergeben werden.

Die Entscheidung für einen Wechsel muss die Schulkonferenz beschließen. Der Schulträger muss sie dann bestätigen. Dabei dürfen wir die Schulen nicht alleine lassen. Der Prozess muss vom Schulministerium und den Schulämtern aktiv begleitet und fachlich unterstützt werden. Wir erwarten von der Schulministerin, dass sie die programmatischen Grundlagen für den Wechsel ab sofort erarbeiten lässt, damit für diejenigen, die wechseln wollen, diese Option sobald wie möglich eröffnet wird.“

Petra Vogt: „Die Strukturfrage ist aber bei weitem nicht das einzige Problem, das unsere Schulen zurzeit belastet. Wenn die Probleme bei Inklusion, Unterrichtsausfall und der Unterrichtung der Flüchtlingskinder von der Landesregierung vernünftig angegangen worden wären, würde G8 heute sehr viel besser funktionieren. Wir fordern deshalb ein Sofortprogramm, um die Schulen hier zu entlasten. Wir wollen eine Fokussierung der Inklusion auf Schwerpunktschulen und ein Moratorium für alle Förderschulen, von denen vorerst kein weitere geschlossen werden darf. Ebenfalls fordern wir die Einführung einer schulscharfen, landesweiten und softwaregestützten Erfassung des Unterrichtsausfalls und die Schaffung einer Vertretungsreserve gegen den Unterrichtsausfall. Auch ein Gesamtkonzept für die Unterrichtung von Flüchtlingskindern muss zeitnah folgen. Wir fordern die Vermittlung von Deutsch-Sprachkenntnissen als Vorbereitung auf die Teilnahme am Regelunterricht.“